

# Anforderungen an eine zukunftsweisende Forschungspolitik

Hannes Androsch/Johannes Gadner

**Die COVID-19-Pandemie hat neben gravierenden gesundheitlichen, sozialen und ökonomischen Kollateralschäden zu einem beachtlichen Bedeutungsgewinn von Wissenschaft, Forschung und Innovation geführt. Dieses Momentum muss genutzt werden, um auch anderen komplexen und fundamentalen Herausforderungen wie allen voran dem Klimawandel effektiv zu begegnen. Voraussetzung dafür ist eine zukunftsweisende Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik (FTI-Politik).**

## 1. Einleitung

Das vergangene Jahr stand fast zur Gänze im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Auch wenn deren endgültige Effekte noch nicht abschätzbar sind, steht bereits fest, dass sie neben den unmittelbaren, teils devastierenden gesundheitlichen Folgen auch massive soziale und ökonomische Kollateralschäden verursachen wird. Damit steht die Menschheit heute vor der „wahrscheinlich größten globalen Krise unserer Generation“ (Harari 2021/1, 1). Doch diese **Krise war auch die Stunde der Wissenschaften**, der Forschung und der Innovation. Kaum wurde in der rezenten Vergangenheit so drastisch vor Augen geführt, wie relevant diese Zukunftsbereiche für unsere heutigen Gesellschaften sind. Nachdem Ende Dezember 2019 erstmals über ein neuartiges Virus mit gravierendem pandemischem Potenzial berichtet wurde, konnten in kürzester Zeit wissenschaftliche Erkenntnisse über den Erreger gesammelt und global zur Verfügung gestellt werden – als Basis für die Entwicklung wirksamer Eindämmungsstrategien, Behandlungsmethoden und Vakzine.

Ausgehend von dem beobachteten globalen **Bedeutungsgewinn von Wissenschaft und Forschung** in der Corona-Krise skizziert dieser Beitrag die daraus resultierenden FTI-politischen Reaktionen in Österreich sowie die Folgen vorangegangener Versäumnisse bei der Umsetzung zentraler Reformvorhaben zur Optimierung des FTI-Systems. Basierend auf den wichtigsten Lehren aus der Pandemie werden schließlich die wesentlichen Anforderungen an

eine zukunftsgerichtete Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik abgeleitet, die prioritär auf der politischen Agenda verankert werden sollten.

## 2. Der Bedeutungsgewinn der Wissenschaft

Der öffentliche Diskurs wird seit über einem Jahr von der verheerenden COVID-19-Pandemie und ihren Folgeschäden dominiert. Wenngleich dies in Anbetracht der Tragweite ihrer Auswirkungen auf Wirtschaften und Gesellschaften weltweit verständlich ist, so werden dabei erfolgreiche Entwicklungen und positive Aspekte vielfach übersehen. Einer davon ist unzweifelhaft der **global zu beobachtende Bedeutungsgewinn der Wissenschaft** (vgl. Gadner 2020, 78 ff; OECD 2021/1, 15 f) – trotz der öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck gebrachten Skepsis bestimmter Bevölkerungsgruppen gegenüber wissenschaftlich basierten Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens oder den Corona-Schutzimpfungen (vgl. Callaway et al 2021).

Die Pandemie hat nicht nur einer breiten Öffentlichkeit gezeigt, wie zentral Wissenschaft und Forschung für unsere global vernetzten Gesellschaften sind, sondern hat auch die Bedeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse für politische Entscheidungen bewusst gemacht. Zudem hat sie in Echtzeit demonstriert, wie ein globaler Austausch von Wissen und Forschungsergebnissen über den Erreger SARS-CoV-2 stattgefunden hat und damit die wesentlichen Grundlagen für dessen Bekämpfung gelegt werden

konnten. Innerhalb weniger Tage nach der Entdeckung des Virus Ende Dezember 2019 entwickelte sich ein reger internationaler wissenschaftlicher Diskurs, der dazu geführt hat, dass dessen Genom schon am 10.1.2020 vollständig entschlüsselt und online veröffentlicht werden konnte. Zudem hatten Forscherinnen und Forscher innerhalb kürzester Zeit identifiziert, welche Maßnahmen die Infektionsketten verlangsamen oder stoppen können. Dank **internationaler wissenschaftlicher Kooperationen** sowie global vernetzter Projekt- und Produktionsstrukturen ist es in Rekordzeit gelungen, wirksame Impfstoffe zu entwickeln und in großer Stückzahl zu produzieren.

Es ist unbestritten, dass **ohne die Errungenschaften wissenschaftlicher Forschung weit gravierendere Folgeschäden** und deutliche mehr Todesfälle zu verzeichnen gewesen wären. Zwar hat die COVID-19-Pandemie bis Mitte April 2021 weltweit das Leben von mehr als drei Millionen Menschen gefordert (<https://ourworldindata.org/covid-deaths> [18.4.2021]), was ihr im Ranking der tödlichsten Seuchen gemessen an den absoluten Sterbefällen einen Platz unter den Top 10 beschert (*LePan* 2021). Doch in Relation zur Weltbevölkerung ist die Todesrate mit 0,03 Prozent im Vergleich zu früheren Pandemien verhältnismäßig gering. Verantwortlich dafür sind das wissenschaftliche Verständnis von Krankheitserregern, die darauf basierenden Strategien zur Eindämmung des Infektionsgeschehens sowie der medizinische und technologische Fortschritt bei der Behandlung von Erkrankten. „Die Wissenschaft hat Pandemien zu einer beherrschbaren Herausforderung gemacht“ (*Harari* 2021/2, 1).

Faktum ist, dass die COVID-19-Pandemie eine **„noch nie dagewesene Mobilisierung der wissenschaftlichen Gemeinschaft** ausgelöst“ (*OECD* 2021/2, 58) hat. So sind laut OECD bis Ende 2020 rund 75.000 wissenschaftliche Publikationen zu COVID-19 erschienen, der Großteil davon frei zugänglich über Open Access-Formate. Zudem wurden allerorten Krisenstäbe und Expertengremien aktiviert, in denen der Wissenschaft und ihren Erkenntnissen ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde. Der OECD zufolge hat die überwiegende Mehrheit der Regierungen weltweit der wissenschaftlichen Ex-

pertise vertraut und evidenzbasierten Empfehlungen Folge geleistet, um daraus Reaktionen auf das pandemische Geschehen abzuleiten (vgl. dazu auch *Hale et al* 2021). Schließlich wurden die globalen F&E-Ausgaben in einem bis dato ungekannten Ausmaß gesteigert. Zwar kann noch nicht beziffert werden, wie hoch die kumulierten Ausgaben für globale Forschungsaktivitäten in Zusammenhang mit SARS-CoV-2 tatsächlich waren, vorläufigen Berechnungen der OECD zufolge haben allerdings allein im ersten Halbjahr 2020 nationale Forschungsförderungsinstitutionen weltweit mehr als sieben Milliarden US-Dollar für die Erforschung des Virus und von Strategien zu dessen Bekämpfung bereitgestellt. Nicht unerwähnt bleiben soll zudem, dass im Zuge einer von der EU-Kommission im Mai 2020 initiierten internationalen Geberkonferenz die Summe von 7,4 Milliarden Euro aufgebracht wurde, die als Anschubfinanzierung für die gemeinsame internationale Erforschung, Entwicklung und Verteilung eines Impfstoffs, wirksamer Arzneien und Tests fungieren sollte.

### 3. FTI-politische Reaktionen in Österreich und Versäumnisse der Vergangenheit

Als Antwort auf die Pandemie hat auch die österreichische Bundesregierung eine Reihe von **FTI-politischen ad-hoc-Maßnahmen** gesetzt. Mit einer vom Wissenschaftsfonds FWF abgewickelten Corona-Akutförderung wurden Grundlagenforschungsprojekte sowie der Aufbau von Kapazitäten und Strukturen gefördert, mit denen ein besseres Verständnis für den SARS-CoV-2-Erreger und die von ihm ausgelöste humanitäre Krise unterstützt werden sollen. Mit dem von der Forschungsförderungsgesellschaft FFG ausgelobten Corona Emergency Call wurde ein Programm für die kurzfristige Finanzierung von anwendungsorientierten Projekten zur Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von COVID-19, neuen Diagnoseverfahren oder Behandlungsmethoden aufgelegt. Zusätzlich wurde eine Initiative für die Erforschung und Entwicklung von Produktions- und Fertigungsstrategien von Schutzausrüstung und -bekleidung lanciert. Und mit dem COVID-Paket für Start-ups wurden über die Austria Wirtschaftsservice GmbH maßgeschneiderte Hilfs-

maßnahmen für junge und kleine Unternehmen bereitgestellt.

Diese FTI-politischen Impulse sind allesamt zu begrüßen; sie können jedoch die kumulierten *Ver-säumnisse der letzten Dekade* nicht kompensieren. Zwar wurde mit der – zum Höhepunkt der zweiten Welle – am 23.12.2020 verabschiedeten FTI-Strategie 2030 (*Bundesregierung* 2020/1) der strategische Rahmen für die FTI-Politik der nächsten zehn Jahre festgelegt. Allerdings sind die dazugehörigen Umsetzungsmaßnahmen, die im zeitgleich veröffentlichten FTI-Pakt 2021-2023 (*Bundesregierung* 2020/2) enthalten sind, zu einem guten Teil nur vage formuliert oder reine Absichtsbekundungen ohne ausgewiesene Budgetpläne, genaue Zeitvorgaben oder definierte Verantwortlichkeiten.

Zudem wurden etliche der bereits vor Jahren konzipierten und beschlossenen *prioritären Maßnahmen für die Erreichung einer österreichischen Innovationsführerschaft nicht umgesetzt*. Exemplarisch seien dazu die folgenden drei Vorhaben – die Einrichtung einer Exzellenzinitiative, die Weiterentwicklung des Hochschulraumes und die Verabschiedung eines Forschungsfinanzierungsgesetzes – angeführt:

Über die Notwendigkeit einer *Exzellenzinitiative* für die Grundlagenforschung in Österreich wird seit rund 15 Jahren diskutiert und entsprechende Umsetzungskonzepte (vgl. *FWF* 2006; *Androsch/Loprieno/Nowotny* 2019) wurden ausgearbeitet, ohne dass diese implementiert worden wären. In der FTI-Strategie 2030 ist zwar neuerlich eine Exzellenzinitiative verankert, allerdings ist im FTI-Pakt kein konkreter Zeitplan für die Umsetzung definiert und das budgetierte Ausschreibungsvolumen liegt mit 150 Millionen Euro für die Jahre 2022-2024 klar unter dem vorgeschlagenen Niveau.

Auch zur Optimierung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen wurde unter dem Titel „Dialog Hochschulpartnerschaft“ (*BMBWF* 2010) bereits im Jahr 2009 ein umfassender Prozess initiiert, dessen Ergebnisse die Grundlage für den im Dezember 2011 publizierten „Österreichischen Hochschulplan“ (*BMBWF* 2011) bildeten. Mit diesem wurde ein Gestaltungsprozess zur *Weiterentwicklung des österreichischen Hochschulraums* sowie zur besseren Verteilung der Studierendenströme definiert. Zur

Entlastung der Universitäten war dabei ein dynamischer Ausbau der Fachhochschulstudienplätze auf 40 Prozent vorgesehen. Dieses Ziel wurde zehn Jahre später noch immer nicht erreicht, da der Ausbau des FH-Sektors nicht ambitioniert genug vonstattengeht.

Und das bei den Alpbacher Technologiegesprächen 2009 angekündigte, jedoch erst elf Jahre später beschlossene *Forschungsfinanzierungsgesetz* ist zwar ein wichtiges Steuerungsinstrument für zentrale Forschungseinrichtungen des Bundes. Es enthält aber im Gegensatz zu dem, was sein Name suggeriert, weder ein konkretes Finanzierungsziel noch einen definierten Budgetpfad zu dessen Erreichung.

Dies alles trägt dazu bei, dass es Österreich nicht gelingt, seine vorhandenen Potenziale im Bereich von Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovation voll auszuschöpfen. Konsequenz daraus ist, dass die *Performance des österreichischen FTI-Systems anhaltend unter dem Niveau der führenden Innovationsnationen* liegt und sich der Abstand zur Spitzengruppe sogar vergrößert, wie entsprechende Rankings und Analysen etwa des österreichischen Rates für Forschung und Technologieentwicklung zeigen (vgl. dazu im Detail *RFTE* 2020, 12 f.). Dieser Befund wird eindrücklich auch vom Monitoring Report der Wirtschaftskammer Österreich (*WKO* 2018) bestätigt, der Österreichs Performance in über 150 internationalen Rankings zu Wettbewerbsfähigkeit, Innovationsperformance etc. zusammenfasst und über den Zeitverlauf einen deutlichen Abwärtstrend aufweist. Unabhängig von den jeweiligen Erhebungsmethoden und den verwendeten Indikatoren zeigen diese Rankings insgesamt bereits seit Langem unverändert nur „mittlere, für ein Hocheinkommensland zu niedrige Rangzahlen und vielfach eine Verschlechterung“ (*Tichy* 2017, 690).

#### 4. Anforderungen an die FTI-Politik von morgen

Dieser Abstand Österreichs zu den führenden Ländern hat sich durch die Pandemie noch verschärft. Das österreichische FTI-System bedarf daher eines Aufholenschubs, weshalb es hoch an der Zeit ist, einige Anforderungen an die FTI-Politik von morgen zu definieren, die auf den entscheidenden Lehren aus der Corona-Krise basieren. So etwa jene, dass für die Bewältigung der nächsten (globalen) Heraus-

forderungen – allen voran des Klimawandels – der **Stimme der Wissenschaft stärker als bisher Gehör geschenkt** werden muss. Die Corona-Krise hat die fundamentale Rolle von Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovation für die heutigen Gesellschaften und modernen Volkswirtschaften aufgezeigt. Es besteht daher vehementer Bedarf an einer proaktiv agierenden Politik, die vermehrt evidenzbasierte Entscheidungen auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse trifft. Nicht nur die Klimakrise kann nur unter Einbeziehung von Wissenschaft und Forschung bewältigt werden. Auch Antworten auf Herausforderungen wie Ressourcenknappheit, Umweltverschmutzung, Überalterung der Gesellschaften oder die digitale Transformation bedürfen wissenschaftlicher Einsichten oder technologischer Innovationen. Dabei wird es unterschiedliche Ansätze und Maßnahmenvorschläge seitens der Wissenschaft geben. Diese abzuwägen, einer Wertung zu unterziehen und in einem Interessenausgleich auszutarieren ist und bleibt die Aufgabe der Politik auf Grund ihrer demokratischen Legitimation. Zu hoffen ist, dass die Notwendigkeit eines konstruktiven Dialogs zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft nach der Corona-Krise nicht wieder aus dem Blick gerät.

Die Krise hat uns zudem teilweise sehr drastisch vor Augen geführt, was in Ländern passiert, die nicht ausreichend in ihre wissenschaftlich fundierten Gesundheitssysteme, in die Leistungsfähigkeit der (Grundlagen-)Forschung und in die dafür grundlegende Ressource „Bildung“ investieren. Die österreichische Politik sollte daraus die Lehre ziehen und auf entsprechende Budgetkürzungen verzichten, denn **Einsparungen in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Gesundheit und Soziales machen sich offenkundig nicht bezahlt**. Im Gegenteil erhöhen sie vielfach noch die Folgekosten, wie durch die COVID-19-Pandemie bisweilen dramatisch veranschaulicht wurde: Nach den desaströsen Erfahrungen insbesondere in Großbritannien und den USA dürfte kaum jemand ernsthaft ein gut dotiertes und nach höchsten wissenschaftlichen Standards funktionierendes Gesundheitssystem mit entsprechenden intensivmedizinischen Kapazitäten in Frage stellen (vgl. Horton 2020). Auch die Notwendigkeit einer ausreichenden Finanzierung von Bildung dürfte

kaum angezweifelt werden, nicht zuletzt deshalb, weil jene Bildungssysteme, die über eine zeitgemäße digitale Infrastruktur sowie entsprechende Kompetenzen auf Seiten von Lehrenden und Schülerinnen und Schülern verfügen, Schulschließungen besser meistern konnten als andere (UNESCO 2020). Schließlich kann angesichts der zentralen Rolle von Wissenschaft und Forschung bei der Pandemiebekämpfung sowie der weltweiten Forschungsaktivitäten zur Entwicklung von Behandlungsmethoden und Impfstoffen die Bedeutung dieser Zukunftsfelder für Politik und Gesellschaft auch in Zukunft nicht hoch genug eingeschätzt werden (OECD 2021/3). Folglich muss eine gesicherte und ausreichende Budgetierung der relevanten Zukunftsfelder oberste FTI-politische Priorität haben.

Der Vergleich zur letzten Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 zeigt, dass jene Länder – wie etwa auch Österreich –, die ihre F&E-Ausgaben konstant hielten und stark auf Forschungs- und Innovationsaktivitäten gesetzt haben, besser durch die Krise gekommen sind als andere (vgl. etwa Rammer 2012). Auch für den Unternehmenssektor wurde klar nachgewiesen, dass innovative Unternehmen deutlich widerstandsfähiger gegenüber den Folgen der Krise waren und in weit geringerem Ausmaß Personal abbauen mussten (vgl. Dachs et al 2017). Es ist also unbestritten, dass ein Schwerpunkt auf wissenschaftliche Forschung und Innovationsanstrengungen sowie korrelierende **Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Innovation zentrale Voraussetzungen einer langfristig erfolgreichen Bewältigung der Corona-Krise ebenso wie künftiger Herausforderungen** der Menschheit sind.

Aus diesen Gründen darf die FTI-Politik nicht den Fehler begehen, budgetäre Einsparungen auf Kosten der Zukunftsbereiche vorzunehmen. Nach der globalen Forschungs-Hochkonjunktur ist nämlich zu befürchten, dass die F&E-Ausgaben mittelfristig sinken könnten. Dies liegt daran, dass einerseits Regierungen auf Grund gestiegener Staatsschulden nun Sparbudgets implementieren und andererseits Unternehmen wegen Pandemie-bedingter Umsatz- und Gewinneinbußen ihre F&E-Aufwendungen herunterfahren. In Österreich hat dieser Effekt bereits zu einer messbaren Dämpfung der Innovationsaktivitäten von Unternehmen geführt (vgl. Reinstaller 2021).

Der Wissenschaftsfonds FWF konnte gleich zu Beginn des Jahres 2021 Projekte im Gesamtumfang von 22,5 Millionen Euro ausschließlich auf Grund fehlender Ressourcen nicht fördern (FWF 2021). Diese Entwicklungen bergen die Gefahr, zu einem substanziellen Hindernis für wichtige Forschungs- und Innovationstätigkeiten zu werden. Gerade in Zusammenhang mit der notwendigen Adressierung globaler *Grand Challenges* durch Wissenschaft und Forschung ist diese Prognose beunruhigend – und dies nicht nur für Österreich. Denn insbesondere **mit dem Klimawandel besteht eine im Vergleich zur Corona-Krise noch weit komplexere und fundamentalere Herausforderung** für die Menschheit (vgl dazu *OECD 2021/2*, 71 f).

Aus der Globalgeschichte wissen wir, dass neben kulturellen und soziologischen Faktoren vor allem Bildung, wissenschaftliche Entwicklungen und technologische Innovation eine wesentliche Rolle für das Wohlergehen erfolgreicher Staaten spielten (vgl etwa *Androsch/Gadner 2015*). Die Pandemie hat der Menschheit eine Möglichkeit für Veränderung und Reformen sowie einen Weg in eine neue Welt eröffnet (vgl *Zakaria 2020*). Die Anforderungen dafür, diesen Weg erfolgreich zu beschreiten, sind bekannt: Er führt über die Zukunftsbereiche Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovation. Nur wenn Regierungen weltweit diesen Einsichten auch konsequente Taten folgen lassen, besteht Hoffnung, dass es der Menschheit gelingen wird, die an sie gestellten Herausforderungen auch in Zukunft erfolgreich zu meistern.

## 6. Zitierte Literatur

- Androsch/Gadner*, Einleitung, in: Rat für Forschung und Technologieentwicklung (Hg), *Die Gestaltung der Zukunft* (2015) 8.
- Androsch/Loprieno/Nowotny*, Exzellenzinitiative (2019).
- BMBWF* (Hg), *Dialog Hochschulpartnerschaft – Ergebnisbericht* (2010).
- BMBWF* (Hg), *Österreichischer Hochschulplan* (2011).
- Bundesregierung*, *FTI-Strategie 2030 der Bundesregierung* (2020).
- Bundesregierung*, *FTI-Pakt 2021-2023* (2020).
- Callaway/Ledford/Viglione/Watson/Witze*, COVID and 2020, in: *Nature* (14.12.2020), <https://www.nature.com/immersive/d41586-020-03437-4/index.html> (13.4.2021).
- Dachs/Hud/Koehler/Peters*, Innovation, creative destruction and structural change, in: *Industry and Innovation* 24 (2017) 346.
- FWF*, *Exzellenzinitiative Wissenschaft – ein Konzeptpapier im Auftrag des BMBWK* (2006).
- FWF*, 155 exzellente Forschungsprojekte kommen ins Rollen, *Pressemeldung* vom 18.3.2021, <https://www.fwf.ac.at/de/news-presse/news/nachricht/nid/20210318-2635> (16.4.2021).
- Gadner*, *Corona – wie ein Virus die Welt verändert* (2020).
- Hale/Angrist/Goldszmidt/Kira/Petherick/Phillips/Webster/Cameron-Blake/Hallas/Majumdar/Tatlow*, A global panel database of pandemic policies (Oxford COVID-19 Government Response Tracker), in: *Nature Human Behaviour* 5, 529 (2021).
- Harari*, *The World after Coronavirus*, in: *Financial Times* (20.3.2021/1), <https://www.ft.com/content/19d90308-6858-11ea-a3c9-1fe6fedcca75> (13.4.2021).
- Harari*, *Lessons from a year of Covid*, in: *Financial Times* (26.2.2021/2), <https://www.ft.com/content/f1b30f2c-84aa-4595-84f2-7816796d6841> (13.4.2021).
- Horton*, *The Covid-19 Catastrophe* (2020).
- LePan*, *Visualizing the History of Pandemics* (updated March 15, 2021), <https://www.visualcapitalist.com/history-of-pandemics-deadliest/> (14.4.2021).
- OECD* (Hg), *Science, Technology and Innovation in the Time of COVID-19* (2021/1).
- OECD* (Hg), *Science, Technology and Innovation Outlook 2021* (2021/2).
- OECD* (Hg), *Science in the face of the COVID-19 crisis* (2021/3).
- Rammer*, *Schwerpunktbericht zur Innovationserhebung 2010* (2012).
- RFTE* (Hg), *Bericht zur wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit Österreichs* (2020).
- Reinstaller*, *COVID-19-Krise dämpft die Innovationstätigkeit österreichischer Unternehmen*, in: *Wifo-Monatsberichte*, 94/2 (2020) 127.

- Tichy*, Mangelnde Effizienz als Erfolgsbremse, in: WKO (Hg), Monitoring Report (2018).  
WIFO-Monatsberichte, 90/9 (2017), 677. *Zakaria*, Ten Lessons for a Post-Pandemic World  
*UNESCO* (Hg), What have we learnt? (2020). (2020).

**Dr. Hannes Androsch** war Finanzminister und Vizekanzler der Republik Österreich in der Ära *Kreisky*, im Anschluss fungierte er als Generaldirektor der Credit-Anstalt sowie als Konsulent der Weltbank und ist heute als Industrieller tätig. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender des Austrian Institute of Technology (AIT) und fungierte von 2010 bis 2020 als Vorsitzender des österreichischen Rates für Forschung und Technologieentwicklung. Zudem ist er ein gefragter Kommentator des Zeitgeschehens sowie Herausgeber und Autor zahlreicher Publikationen. Zuletzt erschienen: „Was jetzt zu tun ist“ (2020)

**Korrespondenz:** [office@aic.co.at](mailto:office@aic.co.at)

**Dr. Johannes Gadner** ist stv Geschäftsführer des Rates für Forschung und Technologieentwicklung. Er war in der sozialwissenschaftlichen Forschung an Universitäten in Wien, Berlin und London sowie in der Politikberatung tätig. Er ist Verfasser und Herausgeber zahlreicher Essays und Bücher. Zuletzt erschienen: „Corona – wie ein Virus die Welt verändert“ (2020 – mit einem Vorwort von Hannes Androsch).

**Korrespondenz:** [j.gadner@rat-fte.at](mailto:j.gadner@rat-fte.at)